

# GEMEINSAM VERÄNDERN

Beschluss des Juso-Landesvorstandes, 25.09.2012

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

## **Kindergrundsicherung**

Die Jusos fordern den Bundesvorstand der SPD und die Bundestagsfraktion auf, sich vor dem Bundestagswahlkampf 2013 für eine Reform der Kindergrundsicherung anhand folgender Grundsätze zu positionieren und einzusetzen.

Um eine Gleichbehandlung von Kindern zu gewährleisten, muss es eine neue Art von Finanzierung der Kinder und Jugendlichen geben. Statt unterschiedlicher kleiner Transferleistungen, wie Kindergeld oder Kinderzuschlag, fordern wir eine Kindergrundsicherung. Dabei ist es wichtig, dass die Kindergrundsicherung sozial gerecht gestaltet wird.

Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von 536 € für jedes Kind ohne Einschränkungen, welche auch nicht auf das ALG II angerechnet wird. Dieser Betrag soll dabei ohne Abschreibungsmöglichkeiten voll auf das Einkommen der Eltern angerechnet und versteuert werden, so dass für Spitzenverdiener eine Nettoleistung von rund 280 € verbleibt, Geringverdiener aber vom vollen Betrag von 536 € profitieren. Dies ist der Betrag, welcher zur Versorgung von Kindern aus verfassungsrechtlicher Sicht nötig ist. Er setzt sich zusammen aus dem sächlichen Existenzminimum von 356 € und den notwendigen Ausgaben für Bildung und Betreuung von derzeit 180 €.